



Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.¹

Seit gut 15 Jahren lässt sich ein Prozess der Sensibilisierung und Problematisierung des Themas „Armut bei Kindern“ nachverfolgen. Es ist langsam aber stetig in die Öffentlichkeit gelangt und wurde so auch Gegenstand politischer Diskussionen. Ausgangspunkte waren primär Problemanzeigen aus der Praxis Sozialer Arbeit vor Ort, Berichte von Kommunen und Studien der Wohlfahrtsverbände. Dazu zählt auch die von der Arbeiterwohlfahrt 1997 in Auftrag gegebene Studie „Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern in Deutschland“, die sich grundlegend mit dem Phänomen auseinandersetzte. Daraus ging eine Langzeitstudie zu Armut(sfolgen) bei Kindern und Jugendlichen hervor, die nachwievor die einzige in Deutschland ist (Synonym: AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“). Die Studien wurden und werden durch die Lotterie Glücksspirale gefördert.

Mit der andauernden fachöffentlichen Diskussion über Problemlösungen wurde deutlich, es war nicht nur ein bis dato wenig wahrgenommenes gesellschaftliches Phänomen, sondern es fehlt genauso an theoretischem Wissen und praktischen Erfahrungen über mögliche Gegenstrategien – also Ansätze zur Armutsprävention, die gezielt auf junge Menschen ausgerichtet sind. Schon der Begriff „Armutsprävention“ brauchte längere Zeit, um sich überhaupt in der fachlichen und politischen Diskussion zu etablieren.

Wieder zeigte die Praxis den Weg. Neben den Bemühungen von sozialen Einrichtungen, Initiativen und Verbänden, allen voran den Kindertageseinrichtungen (KiTas), um Einzellösungen in ihren Handlungsbereichen zeichnete sich die Entwicklung kommunalen Engage-

¹ Gerda Holz ist Leiterin der AWO-ISS-Studie zur Kinder- und Jugendarmut, die derzeit in vierter Folge im Auftrag des AWO Bundesverbandes e. V. unter dem Thema „Armut am Ende der Sekundarstufe I“ vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main durchgeführt wird (www.iss-ffm.de, vgl. auch <http://www.awo.org/standpunkte-und-positionen/kinderarmut.html>). Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, der am 08.06.2011 auf dem 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart gehalten wurde.

ments zur Armutsprävention ab. Monheim am Rhein ist neben Dormagen der Vorreiter kindspezifischer Armutsprävention². Ausgehend von den Modellarbeiten³ zur Entwicklung kommunaler Strategien wurden – nun theoretisch begründet – Philosophie, Leitziele, Anforderungen, Handlungsebenen und Strukturelemente einer kindbezogener Armutsprävention abgeleitet und erarbeitet⁴. Deren Bezugspunkte sind der kindzentrierte Lebenslagenansatz der AWO-ISS-Studie verknüpft mit den theoretischen⁵ Ansätzen der Gesundheitsförderung bei sozialer Benachteiligung⁶. Zwei Elemente, die heute in viele kommunale Diskussionen – mittlerweile ebenso auf Landes- und Bundesebene – Eingang gefunden haben, sind die „Präventionskette“ und das Präventionsnetzwerk.

Soweit ein kurzer Einblick in die jüngere Entstehungsgeschichte. Im Folgenden wird das Thema „Ansätze kommunaler Armutsprävention“ in drei Schwerpunkten erläutert:

1. (Kinder)Armut – Was heißt das?
2. Kindbezogene Armutsprävention – Was ist damit gemeint?
3. Kindbezogene Armutsprävention in Kommunen – Wo und wie gelingt das?

1 (Kinder)Armut – Was heißt das?

Armut ist ein **mehrdimensionales gesellschaftliches Phänomen**. Die Begriffsbestimmung und die Messung sind nicht zuletzt wegen normativen Setzungen schwer fassbar. „Armut hängt von den sozialen und politischen Rahmendaten ab, die gesellschaftlich und politisch gestaltet werden“ (Huster et al. 2008: 16). Selbst wenn keine einheitliche Definition vorliegt, kann mittlerweile doch hierzulande und in der EU von einem allgemeinen Verständnis ausgegangen werden (vgl. BMAS 2008). Armut stellt eine individuelle Lebenslage dar, die sich vor allem durch folgende Merkmale auszeichnet:

Armut heißt zunächst **Einkommensarmut** oder anders formuliert, der Betroffene/die Familie hat zu wenig Geld, um angemessen am allgemeinen Lebensstandard in Deutschland teilhaben zu können. Messgröße ist die aktuelle EU-Armutsdefinition, d.h., wer weniger als 60 % des gewichteten Medianeinkommens zu Verfügung hat. In Deutschland kann daneben der Anspruch auf Sozialgeld/Sozialhilfe (Hartz IV) als weitere Messgröße genutzt werden.

Armut ist eine **defizitäre Lebenslage**, die 24 Stunden am Tag wirkt und damit die gesamte Lebenssituation des Betroffenen prägt. Sie beschränkt die Handlungs- sowie die Entscheidungsspielräume der Familie und die Bedingungen des Aufwachsens des jungen Menschen. Armut bestimmt den sozialen Status und den Habitus der Familie, somit auch des Kindes. Armut prägt Handlungs- und Bewältigungsstrategien.

2 Vgl. Stadt Monheim am Rhein 2009; Stadt Dormagen 2008.

3 Den Rahmen bildete zunächst ein dreijähriges Modellprojekt von 2002 bis 2005 in Trägerschaft der AWO Niederrhein und der Stadt Monheim am Rhein, finanziert durch die Rheinlandstiftung des LVR Rheinland und später durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, vgl. u. a. Holz et al. 2005.

4 Eine erste bündelnde Gesamtdarstellung findet sich bei Holz/Richter-Kornweitz 2010.

5 Theorie zu „ Soziale Ungleichheit und ungleiche Gesundheit“, vgl. Mielck 2000.

6 Vgl. u. a. BZgA (2003). Mit Blick auf Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Gruppen, vgl. Pott/Lehmann 2003: 50–53.

Armut impliziert immer eine **Unterversorgung** des Betroffenen mit materiellen wie immateriellen Gütern in den vier zentralen Dimensionen (Grundversorgung, Gesundheit, Bildung, Soziales). Der gegenwärtige Mangel führt wiederum zu verengten Zukunftschancen. Das Beispiel der KiTa-Platz-Vergabe verdeutlicht dies: In Deutschland steht nach wie vor nicht für jedes Kind über drei Jahre ein KiTa-Platz zur Verfügung, trotz Rechtsanspruch. Das Angebot ist von Ort zu Ort höchst unterschiedlich (vgl. DJI 2011). Verbunden mit einer fehlenden Beitragsfreiheit zeigen sich rasch die Folgen: Kinder aus armen und sozial benachteiligten Familien nutzen diese weniger häufig; ihnen wird strukturell eine zentrale Bildungsmöglichkeit vorenthalten. Die regelmäßigen OECD-Vergleiche weisen immer wieder daraufhin und belegen ein Systemversagen (vgl. zuletzt Bertelsmann Stiftung 2010).

Armut führt zu **sozialer Ausgrenzung**. Die für das soziale Wesen „Mensch“ existenziell notwendige Teilnahme am sozialen Austausch wird eingeschränkt und die Partizipation – aktive Beteiligung und Mitgestaltung – an gesellschaftlichen Prozessen wird begrenzt. Soziale Ausgrenzung kann einerseits selbst vollzogen werden, z. B. aus Scham. Andererseits werden die Betroffenen ausgegrenzt, z. B. in dem sie gemieden oder missachtet werden: „Mit den Kindern soll meins nicht spielen“ oder „Ist mir doch egal, wo die das Geld für den Ausflug herkriegten“.

Zentrale Ursachen und Risiken für Armut

Die **Ursachen** lassen sich in zwei große Problemlagen einteilen, zum einen „Erwerbsprobleme“ zum anderen „soziale Probleme“. Im Bereich der Erwerbsprobleme stellen (a) Langzeitarbeitslosigkeit sowie seit rund zehn Jahren vermehrt (b) Erwerbsarbeit mit Niedrigeinkommen (Teilzeittätigkeit und „Working poor“) die wichtigsten Ursachengruppen dar. „Arbeitende Arme“ und „arbeitslose Arme“ bilden zahlenmäßig heute fast gleichgroße Gruppen. Der Hauptpräventionsansatz der Vergangenheit, Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt, mag für die Gruppe „arbeitslose Arme“ zielführend sein, doch was ist mit der Gruppe „arbeitende Arme“? Hier lauten die Präventionsansätze unter anderem armutsfeste Einkommen, Mindestlohn, Grundsicherung o.ä.m.. Aber was ist auf diesem Gebiet – vor allem über Bundesentscheidungen – verwirklicht?

Zu den Ursachen von Armut zählen weiterhin soziale Probleme, wie Überschuldung, Trennung/Scheidung, Behinderung/Krankheit oder Multiproblemlagen. Familien in Multiproblemlagen stellen die bevölkerungs- und anteilmäßig kleinste Gruppe der Armutsbetroffenen. Sie aber wird in der öffentlichen und politischen Diskussion sehr gerne als Prototyp von Armut vorgestellt, um aufzuzeigen, was doch alles an sozialen Hilfen und finanziellen Leistungen im Sinne einer Armutsbekämpfung aufgebracht wird. Diese Gruppe wird im gleichen Atemzug benutzt, um vermutetes individuelles Fehlverhalten – fehlendes Eigenengagement, unverständliches Bewältigungshandeln oder sozial unerwünschte Verhaltensweisen – zu belegen und anzuprangern. Aus der Lebenslage wird so individuelles selbstverschuldetes Verhalten, eine ideale Grundlage für Vorurteile und damit für Prozesse der Verfestigung sozialer Ausgrenzung. Gleichzeitig besteht dann die Gefahr, dass derart geprägte soziale Vorurteile auf andere Betroffenenengruppe übertragen werden. So wird auf einmal jede langzeiterwerbslose

oder „Working poor“-Familie zu einer Multiproblemfamilie und kann doch faktisch weit davon entfernt sein. So laufen aber Präventionsmaßnahmen auch rasch ins Leere: So braucht eine erwerbstätige „Working poor“-Familie vielleicht eher ein einkommensfestes Einkommen sowie einen familienfreundlichen Arbeitsplatz, eine in den Öffnungszeiten flexible KiTa oder eine Ganztagschule für ihre Kinder, aber keine erzieherische Einzelfallhilfe oder ein – immer beliebter werdendes – Elternkompetenztraining, um die Eltern-Kind-Beziehung und das Erziehungsverhalten „richtig“ zu erlernen. Es ist wichtig, genau darauf zu achten, wann und welche unserer sozialen Bilder und Vorstellungen transportiert werden, die mitentscheiden, was wir persönlich, aber auch fachlich als gut oder als schlecht einordnen. Hinsichtlich des Bemühens um Armutsprävention muss deshalb sehr genau geschaut werden, welche Ansätze (Maßnahmen) wirklich passen und wo Möglichkeiten und Grenzen bestehen.

Dem **Armutsrisiko** unterliegen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich. Einige Beispiele: Der Altersgruppenvergleich zeigt für Kinder und Jugendliche die höchsten Risikoquoten an. Der Gendervergleich belegt, dass Frauen spätestens ab dem jungen Erwachsenenalter und danach kontinuierlich bis ins hohe Alter stärker armutsbetroffen sind. Bei Differenzierung nach Erwerbsgruppen sind vor allem (Langzeit-)Erwerbslose und Erwerbstätige im Niedriglohnbereich, bei einer Differenzierung nach Bildungshintergrund sind besonders die niedrig Qualifizierten armutsgefährdet.

Kinder sind vor allem dann risikogefährdet, wenn sie in einer Familie mit einem oder mehreren der folgenden fünf sozialen Merkmale aufwachsen: alleinerziehend, bildungsfern, Migrationshintergrund, mehr als zwei Geschwister, Lebensort ist ein sozial belastetes Quartier. Besteht eine Merkmalskombination potenziert sich die Gefährdung um ein Vielfaches. Ein Beispiel: Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern haben ein geringeres Einkommen als verheiratete Paare mit Kindern. Mit Abstand verfügen Alleinerziehende über das niedrigste Einkommen, ihr Nettoäquivalenzeinkommen⁷ lag 2008 bei 1.025 Euro im Monat (Alleinerziehenden-Haushalt mit einem Kind, Vergleich: Paar-Haushalt mit einem Kind = 1.598 Euro) (BMFSFJ 2010: 55).

Was ist mit Kinderarmut gemeint?

Wurde lange Zeit das Phänomen „Kinderarmut“ tabuisiert und damit als nicht existent bestimmt, wird es in den letzten Jahren fast schon inflationär in der breiten und der Fachöffentlichkeit diskutiert und mit einer Vielzahl von verschiedenen Begriffen belegt: Bildungsarmut,

7 Das Äquivalenzeinkommen ist ein Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Es wird vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung respektive Einkommensungleichheit und Armut herangezogen. Mit Hilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet. Grund dafür ist, dass die Einkommen von Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, nicht miteinander vergleichbar sind, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten).

Unter der Annahme, dass sämtliche Einkommen unter allen Haushaltsmitgliedern gleichmäßig geteilt werden, werden die des gesamten Haushalts addiert und anschließend nach Haushaltsgröße gewichtet den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugerechnet.

Als Nettoeinkommen gelten alle Einkünfte aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit sowie aus Vermögen zuzüglich Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums abzüglich Steuern und Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungen. Das monatliche Nettoäquivalenzeinkommen bezeichnet den nach obiger Gewichtung pro Kopf in einem Monat verfügbaren Geldbetrag.

emotionale, seelische, gesundheitliche Armut usw. Diese Herangehensweise mag zunächst in den verschiedenen Handlungsfeldern – Bildung, Gesundheit usw. – zu wachsender Aufmerksamkeit führen und die dort verantwortlichen Akteure – KiTas, Schulen, Gesundheits- oder Jugendbehörden usw. – zum dringend notwendigen Diskurs über die Problematiken führen, doch sie bedeutet auch eine begriffliche Unschärfe. Darin liegt die große Gefahr, den Zusammenhang von Ursachen und Auswirkungen umzukehren, so dass aus „Armut und Bildungsfolgen“ rasch „Bildungsarmut“ oder aus „Armut und gesundheitliche Folgen“ rasch „Gesundheitsarmut“ wird. Je nach Verständnisweise kommt es zu vollkommen anderen Rückschlüssen über das Entstehen und den Umgang mit Armut sowie über Ansatzpunkte zur Armutsprävention im Sinne einer Armutsvermeidung: Ein mehrdimensionales Phänomen wird auf einen Aspekt reduziert und Zusammenhänge werden nicht mehr in ihrer gesellschaftlichen Dimension (Armut) gesehen. So sind dann individuelle Dispositionen ursächlich (Bildungsferne oder -nähe, Gesundheit bzw. Krankheit) und der gewählte Präventionsansatz konzentriert sich auf die Verhaltensebene (z. B. Förderung des Schulerfolges), nimmt aber nicht die Verhältnisebene (z. B. Rahmenbedingungen des Schulsystems) mit in den Blick.

Kinderarmut bezeichnet abkürzend die Folgen von Armut bei Kindern. In der Langfassung heißt das *„die Folgen familiärer Einkommensarmut bei Kindern“*. Die AWO-ISS-Studie formuliert den theoretischen Rahmen und die operativen Bedingungen, um das Kindergesicht der Armut in seiner Mehrdimensionalität greifbar werden zu lassen. Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt:

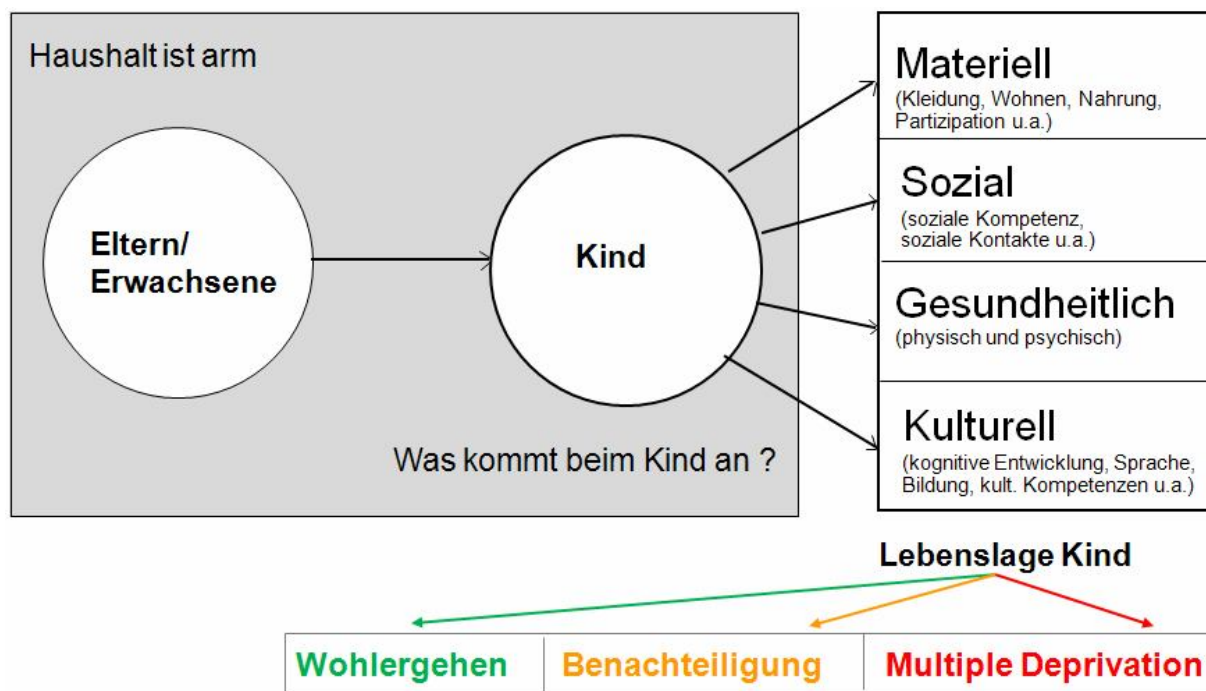
- Ausgangspunkt ist relative Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei das ein Aufwachsen im Wohlergehen, mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektive des Kindes ist eingeschränkt (vgl. Hock et al. 2000).

Wie wird Armut bei Kindern definiert und sichtbar?

Wie erkenne ich das Kindergesicht der Armut? Fakt ist: Arme Kinder leben in einem armen Haushalt. Der gesamte Haushalt ist einkommensarm bzw. bezieht Sozialgeld/-hilfe. Fakt ist weiterhin: Arme Kinder haben arme Eltern, denn in armen Haushalten leben Erwachsene und Kinder. Die Erwachsenen (i. d. R. die Eltern) entscheiden einerseits über den Ressourceneinsatz für ihre Kinder. Die Erwachsenen bringen andererseits ihre eigenen kulturellen, sozialen und materiellen Ressourcen ein. Das ist u. a. ihr Wissen, ihre Versorgungs- und Betreuungsleistung, ihr Vorbildsein, ihre Erziehung und ihre Bildung: all das geben sie an ihr Kind weiter. Entscheidend für die Bestimmung von Armut eines jungen Menschen ist also, „Was kommt beim Kind an?“ (vgl. Abb. 1).

Armutsbetroffene Eltern sind keineswegs die, die zu allererst die finanziellen Ressourcen für sich verbrauchen, sondern eher umgekehrt: ein sehr großer Teil nutzt sie, um den Kindern ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen (vgl. Wüstendörfer 2008, DW 2011). Probleme bereitet eine kindgerechte Verteilung am ehesten in der kleinen Gruppe der Multiproblemfamilien, insbesondere bei Familien mit elterlicher Suchtproblematik.

Abb. 1: Wie wird das Kindergesicht der Armut sichtbar?



Quelle: Hock/Holz/Wüstendörfer 2000

Um nun das „Kindergesicht“ sichtbar zu machen, ist im nächsten Schritt die Lebenslage in den vier Dimensionen anhand von Fakten – im Sinne konkreter und empirisch erfassbarer Versorgungsgegebenheiten – zu erfassen: Ist das Kind hinsichtlich seiner materiellen Lage hinreichend gut versorgt (dazu zählen Kleidung, Wohnen, Essen, materielle Partizipation)? Verfügt es über soziale Kompetenz, soziale Kontakte u. a. m? Ist es gesund (physisch, psychisch)? In welcher kulturellen Lage (kognitive Entwicklung, Sprache, Bildung, kulturelle Kompetenzen u. a. m.) befindet es sich?

Die einzelnen Dimensionen lassen sich in komplexe Lebenslagetypen zusammenfassen. Zur kindbezogenen Typenbenennung bieten sich die Termini der Kinder- und Jugendhilfe an: „Aufwachsen im Wohlergehen“ (wenn in keinem der vier Lebenslagedimensionen Mängel erkennbar sind) „Benachteiligung“ (wenn in einer bis zwei der vier Dimensionen Auffälligkeiten sichtbar sind) und „Multiple Deprivation“ (wenn in drei oder vier Dimensionen Defizite bestehen).

Präventionsansätze haben immer die Förderung oder Sicherung des „Aufwachsen im Wohlergehen“ zum Primärziel.

Bei der weiteren Analyse nach familiärer Einkommenslage (arm oder nicht arm) zeigen sich dann sehr deutlich die Folgen von Armut bei jungen Menschen. Es wird aber auch sichtbar,

dass nicht automatisch jedes arme Kind in „multipler Deprivation“ aufwächst und dass nicht automatisch für jedes nicht arme Kind ein „Aufwachsen im Wohlergehen“ gegeben ist. Die Wirklichkeit ist viel facettenreicher als es manch öffentliche Meinung suggeriert.

Die folgenden drei Tabellen präsentieren Ergebnisse der AWO-ISS-Studien zu den Lebenslagen von Kindern bzw. Jugendlichen.

Tab. 1: Lebenslage von 6-Jährigen nach Armut 1999

Anteil armer und nicht-armer Kinder mit Defiziten		
Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht arme Kinder
Grundversorgung (n = 220 arm; 598 nicht-arm)	40 %	15 %
Gesundheit (n = 225 arm; 640 nicht-arm)	31 %	20 %
Kulturelle Lage (n = 223 arm; 614 nicht-arm)	36 %	17 %
Soziale Lage (n = 219 arm; 618 nicht-arm)	36 %	18 %

Gerundete Angaben.

Quelle: „Armut im Vorschulalter“ 1999, Berechnungen des ISS

Die erste Tabelle zeigt Ergebnisse aus dem Jahr 1999, als die befragten Kinder sechs Jahre alt waren und kurz vor dem Wechsel in die Schule standen. Arme Kinder sind bereits in diesem Alter erkennbar belastet. Dies zeigt sich sowohl in den einzelnen Lebenslagedimensionen als auch in ihrer gesamten Lebenssituation. An einem Bereich skizziert: Im Bereich der materiellen Grundversorgung (Kleidung, Ernährung, Wohnen) äußert sich familiäre Armut am deutlichsten durch verspätetes und unregelmäßiges Zahlen von Essensgeld oder von Beiträge für Aktivitäten in der KiTa. Häufiger kommen arme Kinder hungrig in die Einrichtung und/oder dem Kind fehlt die körperliche Pflege. Relativ selten dagegen zeigt sich ein Mangel an notwendiger Kleidung.

Tab. 2: Lebenslage von 10-Jährigen nach Armut 2003/04

Lebenslagedimension	Arme Kinder	Nicht arme Kinder		
	(< 50 %)	Prekärer Wohlstand (50 %–75 %)	Unterer Durchschnitt (75 %–100 %)	Oberer Durchschnitt (> 100 %)
Materielle Grundversorgung	51,6 %	9,2 %	5,3 %	0,0 %
Kulturelle Lage	37,7 %	19,0 %	9,5 %	3,6 %
Soziale Lage	34,6 %	16,0 %	15,8 %	3,6 %
Gesundheitliche Lage	25,8 %	23,3 %	21,1 %	8,4 %
N = 500	159	163	95	83

Quelle: „Armut im späten Grundschulalter 2003/04“; Berechnungen des ISS.

Die zweite Tabelle zeigt dieselben Kinder als Zehnjährige (2003/04) am Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen. Als Erhebungsgrundlage dienten wieder die

vier Lebenslagedimensionen. Hier wurde bei den nicht armen Kindern das familiäre Einkommensniveau weiter differenziert nach „prekärem Wohlstand“, „unterer Durchschnitt“ und „oberer Durchschnitt“. Waren es 1999 bei den armen Kindern 40 %, die Mängel in der materiellen Lage aufwiesen, sind es jetzt 51,6 %. Mit zunehmendem Einkommen der Familie verbessert sich die Lage der Kinder massiv. Bei der Gruppe der Familien im oberen Durchschnitt wies kein einziges Kind mehr Mängel in diesem Bereich auf.

Tab. 3: Lebenslage von 16-Jährigen nach Armut 2009/10

Anteil armer und nicht-armer Kinder mit Defiziten		
Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht arme Kinder
Grundversorgung	57 %	19 %
Gesundheit	40 %	25 %
Kulturelle Lage	55 %	26 %
Soziale Lage	44 %	35 %

Fallzahlen: n = 108 arm, n= 307 nicht-arm. Gerundete Angaben.
Quelle: AWO-ISS-Kinderarmutspanel 2009/10

Die dritte Tabelle zeigt wieder dieselben Kinder (2009/10), nun am Ende der Sekundarstufe I und vor dem Wechsel in die Sekundarstufe II bzw. in den Berufsbereich. Eine erste Auswertung – wir befinden uns derzeit mitten in den Datenanalysen – wiederum nach arm und nicht arm unterteilt, belegt erneut eine breite Spreizung der Quote. Danach erleben nun 57 % der armen und 19 % der nicht armen Jugendlichen Mängel in der materiellen Lage.

Die drei Folien bilden Momentaufnahmen zu drei Zeitpunkten im Leben der jungen Menschen (Querschnitt), aber der Trend ist eindeutig: je länger das Aufwachsen in Armut andauert, desto gravierender sind die Folgen. Wir selbst sind gespannt auf die Auswertung der Individualdaten in der Längsschnittbetrachtung und damit auf die tatsächlichen Lebensverläufe von armen im Vergleich zu nicht armen Kindern bzw. Jugendlichen

Nun zum zweiten meiner drei Vortragsschwerpunkte.

2 Kindbezogene Armutsprävention – Was ist damit gemeint?

Die Erklärungsansätze der Gesundheitswissenschaft und der Sozialen Arbeit sowie daran orientierte Konzepte einer (Gesundheits-)Förderung⁸ liefern die theoretische wie empirische

8 Gesundheit und Wohlbefinden hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Abgesehen von Alter, Geschlecht und Erbanlagen sind die meisten dieser Faktoren beeinflussbar. Göran Dahlgren und Margret Whitehead (1991) haben die verschiedenen Ebenen dargestellt, auf denen diese Faktoren wirken: 1. Ebene: Persönliche Verhaltens- und Lebensweisen, 2. Ebene: Unterstützung und Beeinflussung durch das soziale Umfeld, 3. Ebene: Lebens- und Arbeitsbedingungen und 4. Ebene: wirtschaftliche, kulturelle und physische Umweltbedingungen.

In der Gesundheitsförderung und Prävention werden zwei Zielrichtungen unterschieden: a) Maßnahmen, die individuelle Faktoren verändern sollen, z. B. Kurse für gesundes Ernährungsverhalten oder Raucherentwöhnung, werden als verhaltensbezogen bezeichnet. b) Maßnahmen, die Faktoren verändern sollen, die von außen auf das Individuum einwirken, werden als verhältnisbezogen bezeichnet (vgl. BZgA/Gesundheit Berlin-Brandenburg 2009).

Basis (vgl. Mielck 2005; Lampert/Richter 2009; Rosenbrock/Kümpers 2009). Gleichwohl sind dort genutzte Termini der Prävention und der Bewältigung im Kontext der Armutproblematik spezifisch zu betrachten (vgl. Richter 2005; Zander 2010, Holz/Richter-Kornweitz 2010, Lutz/Hammer 2010; Zander 2011). Deutlich wird das anhand von Fragen wie: Lässt sich Armut tatsächlich verhindern? Wer kann sie verhindern?

Prävention übersetzt als Vermeidung/Verhinderung von schädlichen Ereignissen kann Armut als Gesellschaftsphänomen nicht wirklich abwenden, denn Armut ist genuiner Bestandteil moderner – auf Erwerbsarbeit beruhender, über Geldbeziehungen funktionierender – Gesellschaften. Es geht also im Zusammenhang mit **Armutsprävention** eher um die Frage, wie vorhandene materielle Ressourcen und Chancen in einer Gesellschaft verteilt sind und wie mittels des Marktgeschehens der Wohlstand für alle respektive eine wachsende Ungleichheit zwischen verschiedenen sozialen Gruppen erzielt. Wachsende soziale Ungleichheiten haben zunehmende Armut und soziale Ausgrenzungen von Individuen und einzelnen Bevölkerungsgruppen zur Folge (vgl. Huster et al. 2008).

Wenn Armutsursachen zuvorderst im strukturellen (Verhältnis-)Bereich und erst dann im individuellen (Verhaltens-)Bereich liegen – da, wie oben ausgeführt, die Risiken gesellschaftlich verschieden verteilt sind und diese die einzelnen sozialen Gruppen unterschiedlich treffen können –, dann müssen Handlungsansätze zur Gegensteuerung ebenfalls beide Bereiche in den Blick nehmen. Das erfordert stets eine ganzheitliche und systemorientierte Betrachtungsweise.

Kindbezogene Armutsprävention stellt einen theoretischen und praktischen Handlungsansatz dar, der aus der Kindperspektive heraus auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Mädchen und Jungen heute und auf ihre Zukunft hinwirkt. So ist eine gesellschaftliche Antwort auf die komplexe Problematik möglich. Es geht um den Bereich der „Öffentlichen Verantwortung“, wie es erstmals im 12. Kinder- und Jugendhilfebericht explizit formuliert wurde (BMFSFJ 2005). Dabei steht die Kommune im Mittelpunkt, da sie zum einen der Entwicklungs- und Lebensort von Kindern sowie zum anderen der Träger der Kinder-/Jugendhilfe und Garant der sozialen Daseinsvorsorge ist.

- Der **Bezugspunkt** ist Armut, das heißt familiäre Einkommensarmut.
- Die **Leitorientierung** ist die Sicherung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“ für alle Kinder und speziell für Arme.
- Das **Hauptziel** ist, kindspezifische Armutsfolgen zu vermeiden respektive zu begrenzen, aber auch ursächliche Gründe auf Seiten der Eltern/Familie und des Umfeldes positiv zu beeinflussen.
- Die **Zielumsetzung** erfolgt in drei strategische Richtungen: (1) indirekt über Maßnahmen für das soziale Umfeld bzw. den Sozialraum, (2) indirekt über Maßnahmen für die Eltern und (3) direkt für das Kind. (Eine ausführlichere Beschreibung erfolgt im dritten Abschnitt.)
- **Ansatzpunkte** sind mit Blick auf arme Jungen und Mädchen sowohl die Förderung von (1) Resilienz durch Stärkung ihrer personalen und sozialer Ressourcen als auch die

Ausweitung (2) struktureller Armutsprävention durch Sicherung und Gestaltung von kindgerechten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Beides bedingt einander, steht in wechselseitigem Bezug zueinander und kennt dennoch eigene Schwerpunkte.

- **Rechtsgrundlage:** Zentraler Bezugspunkt ist § 1 SGB VIII. Er gibt seit Inkrafttreten des Gesetzbuches (01.01.1991) den Präventionsauftrag vor und bestimmt Prävention zur Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere auf kommunaler Ebene. Dieser Auftrag gilt für alle Kinder und mit besonderer Verpflichtung für benachteiligte junge Menschen.

§ 1 SGB VIII „Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe“

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere

- 1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,*
- 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,*
- 3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,*
- 4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.*

Wird bei der Präventionsüberlegung die Perspektive des jungen Menschen eingenommen, dann wird danach gefragt, ob seine finanzielle Absicherung gegeben ist, ob genügend KiTa-Plätze vorhanden sind, ob Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche Bildungschancen (breites Bildungsverständnis) gegeben sind. Es wird auf die vorhandene Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in den Kommunen geschaut und danach gefragt: Was hält die Kommune vor, damit Kinder ihren Ansprüchen auf Betreuung, Versorgung, Bildung nachkommen können? Es geht nicht darum, was die Eltern leisten und was sie ihnen ermöglichen müssen (Sportverein o. ä. m).

Das Konzept der kindbezogenen Armutsprävention setzt bei der Analyse und Stärkung der Ressourcen und Potenziale eines Kindes *und* auf allen gesellschaftlichen Ebenen an. Das Ziel kindbezogener Armutsprävention ist das Aufwachsen im Wohlergehen in elterlicher *und* öffentlicher Verantwortung. Letztere begrenzt sich nicht in Bereitstellung von ErzieherInnen,

LehrerInnen und SozialarbeiterInnen in Einrichtungen, sondern in all dem, was einem Kind innerhalb seines Lebensraumes als Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt wird, von der Stadt(teil)entwicklung über Bildungsangebote bis hin zur Förderung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe etwa als Hilfen zur Erziehung (HzE).

Die zwei entscheidenden Ebenen

Kindbezogene Armutsprävention hat zwei Ebenen: Die **erste Ebene** zielt darauf ab, Kinder und Eltern in ihrer Persönlichkeit und ihrem Handeln zu stärken, z. B. Resilienz zu entwickeln. Dazu gehört auch, Eltern bei Bedarf in ihrem Handeln zu fördern, damit sie wiederum ihr Kind individuell unterstützen können. Auf dieser Ebene ist Pädagogik in all ihren Facetten und Wirkungen gefragt, nicht nur bei und durch Eltern, sondern genauso angesprochen sind alle Akteure der Sozialisation und Enkulturation. Gefordert sind also auch die Einrichtungen, denn es geht um pädagogische Arbeit.

Die **zweite Ebene** betrifft die strukturelle Armutsprävention in Form der Gestaltung/Veränderung von Verhältnissen, z. B. durch eine armutsfeste Grundsicherung oder umfassende und qualifizierte öffentliche Infrastruktur. Armutsprävention wird als gesellschaftliche Verpflichtung und zugleich als sozialstaatlicher Auftrag entscheidend durch Politik und Verwaltung gestaltet. Sie beinhaltet das Aktivwerden auf unterschiedlichen Handlungsebenen und vereint in sich politische, soziale, pädagogische und planerische Elemente. Sie umfasst gegensteuernde Maßnahmen durch Gestaltung von Rahmenbedingungen, Bereitstellung sozialer Ressourcen und durch Förderung sozial inklusiver Prozesse. Akteure sind die politisch Verantwortlichen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene, aber auch Organisationen, Institutionen und ihre Fachkräfte sowie die Bürger/-innen selbst.

Zentraler Ort der Umsetzung kindbezogener Armutsprävention – Die Kommune

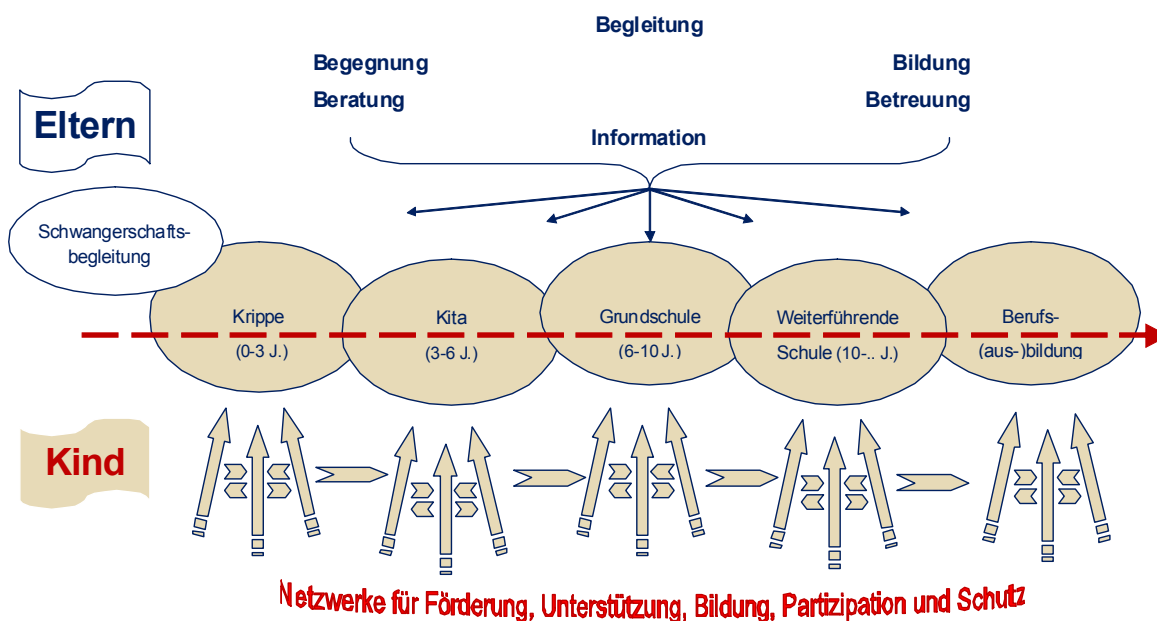
Armutsprävention auf kommunaler Ebene ist die sichtbare Neuorientierung einer Gemeinde/Stadt und bedeutet einen Paradigmenwechsel im Sinne von „Prävention als Aktion statt Reaktion“. Dieser Prozess ist immer ein (kommunal-)politischer unter Einbindung der städtischen Gremien respektive der Verwaltung(sspitze). Es erfordert einen „langen oder mindestens längeren politischen Atem“.

Das gemeinsame Handeln Vieler ist fundamental und auf gemeinsame Zielsetzungen sowie Zielerreichung gerichtet. Erforderlich ist eine Arbeitsteilung verbunden mit einer hohen Bereitschaft zu Kooperationen zwischen den Akteuren. Strukturvoraussetzungen dafür sind die Präventionskette und das Präventionsnetzwerk. Die spannungsvollsten und zugleich meist entscheidenden Nahtstellen sind die lebensbiografischen Übergänge (vgl. Abb. 2).

Von der Krippe, KiTa, Grundschule, weiterführenden Schule, Berufs(aus-)bildung bis hin zum Übergang in den Beruf sind in jeder Kommune in Deutschland die entsprechenden Institutionen vorhanden, die den Lebensweg der jungen Menschen unterstützen und eigentlich begleiten sollen. Umfang und Qualität sind allerdings höchst unterschiedlich, wie bereits an

früherer Stelle ausgeführt. Diese Institutionen vor Ort und damit das Handeln der dort tätigen Erwachsenen (Fachkräfte) sind in einen systematischen Zusammenhang mit gemeinsamen Zielsetzungen – z. B. jedem Kind einen erfolgreichen Bildungsverlauf oder ein gesundes Leben zu sichern – und vernetztem Handeln zu bringen. Der Blick der Fachkräfte in dieser Kette muss dahin gehen, das jeweils Vorhandene weiterzuentwickeln. So muss die KiTa z. B. auf struktureller Ebene Übergänge mit der Krippe (oder Schwangerschaftsbegleitung) und der Grundschule knüpfen. Es muss ein vernetztes Arbeiten zwischen dem Lehrerkollegium und den Sozialpädagogen in der Schule bestehen. Elternberatung oder Elternbildung ist mit der KiTa, der Grundschule, den Schulen der Sekundarstufe I und II usw. zu verknüpfen.

Abb. 2: Strukturprinzip kindbezogener Armutsprävention – Kommunale Präventionskette durch Netzwerke



© ISS-Frankfurt a.M.

Quelle: Eigene Darstellung.

Kindbezogene Armutsprävention bedeutet immer eine umfangreiche und qualitativ gute Infrastruktur für Kinder. Dazu zählt – denn (arme) Kinder ohne (arme) Eltern gibt es (so gut wie) nicht – auch eine Infrastruktur für Eltern. Dazu zählen neben der umfassenden Information die sechs großen **B**'s der Arbeit mit Eltern: **B**egegnung, **B**eratung, **B**egleitung, **B**ildung, **B**etreuung sowie ganz besonders für armutsbetroffene Eltern das **B**argeld (vgl. Holz 2010a; Gemeinschaftsinitiative 2010).

Nun komme ich zum dritten und letzten Schwerpunkt meines Vortrages.

3 Kindbezogene Armutsprävention in Kommunen – Wo und wie gelingt das?

Zunehmend befassen sich Städte und Gemeinden mit dem Problem „Kinderarmut“ sowohl aufgrund steigenden Problem- und Handlungsdrucks als auch aufgrund zunehmenden Bewusstseins für eine „öffentliche Verantwortung“ in Ergänzung der „privaten Verantwortung“ für arme Kinder. Dazu hat nicht nur der 12. Kinder- und Jugendbericht beigetragen, sondern beispielsweise auch die Diskussion um ein kindergerechtes Deutschland oder universale Kinderrechte. Im Wesentlichen sind derzeit bundesweit zwei Ansätze in Kommunen zu erkennen:

- **Integrierter Gesamtansatz:** Dieser zeichnet sich durch ein umfassendes Verständnis von Armutsprävention aus und ist integrativer Teil von Stadtentwicklung. Er greift die komplexe Problematik mit einem komplexen Handlungsansatz kindbezogener Prävention auf und stellt direkte Bezüge zu allen kommunalen Handlungsfeldern – von der Kinder-/Jugend-/Familienhilfe über die Bildungs- und Stadtplanung bis hin zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung – her. Er beinhaltet das Arbeiten anhand von Zielen, formuliert Strategien und Maßnahmen, setzt auf Vernetzung aller relevanten Akteure vor Ort und schaut auf Effekte. Vorreiter dieses Ansatzes sind – wie bereits an früherer Stelle erwähnt – Monheim am Rhein und Dormagen. Zwischenzeitlich liegen auch Erfahrungen aus Nürnberg und Hannover vor, und andere Städte wie Frankfurt am Main, Aachen, Mainz oder Stuttgart und Karlsruhe sind auf dem Weg.
- **Komplexer Teilansatz:** Charakteristisch ist, dass er sich dem komplexen Problem ebenfalls mit einem entsprechend umfassenden Verständnis nähert, aber einen Bereich herausgreift und damit ein Handlungsfeld kommunaler Verantwortung in den Fokus stellt. Dies kann der Bildungsbereich (z. B. Stadt Wiesbaden), die Frühe Förderung (z. B. Stadt München) oder auch der Aufbau eines Sozialmonitoring (z. B. Mühlheim an der Ruhr) sein.

Die Schaffung und Gestaltung eines **interkommunalen Netzwerkes** ist ein nächster Schritt in der aus der Praxis hervorgehenden Umsetzung einer kindbezogenen Armutsprävention. Hier ist das Landesjugendamt des Landschaftverbandes Rheinland (LVR) führend. Der LVR will in den nächsten Jahren modellhaft bis zu 50 rheinische Kommunen in ihrem Bemühen der Entwicklung und Realisierung kommunaler Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut beraten und begleiten. Sie werden in ein interkommunales Netzwerk des gegenseitigen Lernens eingebunden.⁹ Dazu an späterer Stelle noch weitere Hinweise.

Das Beispiel Monheim am Rhein für einen „integrierten Gesamtansatz“

Der Ansatz: Ausgangspunkt war das Zielkonzept 2020 der Stadt hin zu einer integrierten, nachhaltigen und strategisch ausgerichteten Stadtentwicklung. Zwei Bereiche sind im Ar-

⁹ Vgl. LVR-Landesjugendamt des Rheinland „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ unter www.lvr.de/de/nav_main/jugend_2/jugendmter/koordinationsstellekinderarmut/koordinationsstellekinderarmut_1.html.

mutskontext besonders relevant: (a) die Maßnahmen zur Stadterneuerung im den belasteten Vierteln und (b) der Bereich Kinder und Jugendliche.

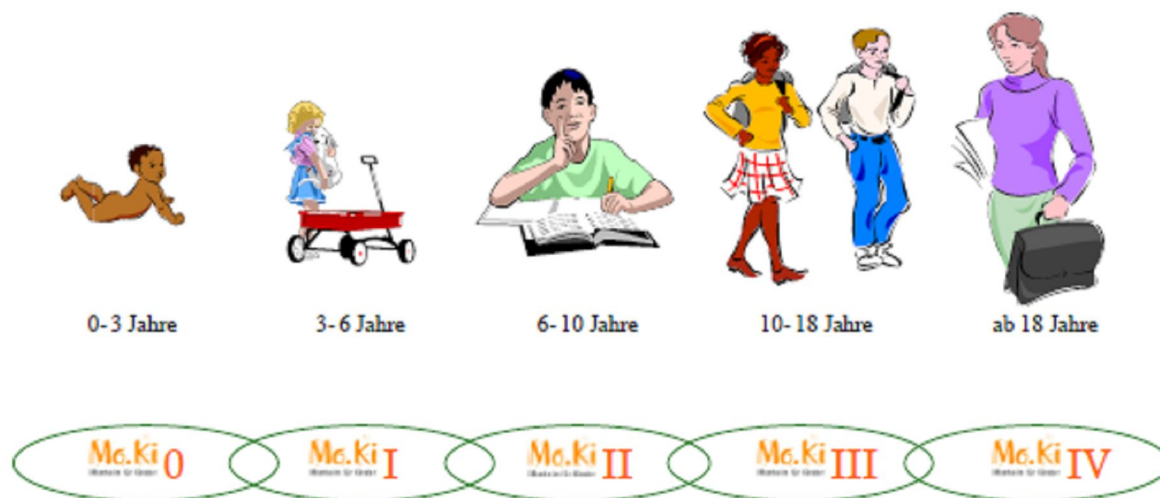
Federführung: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadtverwaltung mit der dort angesiedelten Koordinierungsstelle „Mo.Ki“ (vgl. Stadt Monheim am Rhein 2009).

Leitziel: Es bildet die Basis der kommunalen Präventionsstrategie und lautet: „Möglichst vielen Kindern eine erfolgreiche Entwicklungs- und Bildungskarriere eröffnen und sichern“. Erreicht werden soll das unter anderem über folgende Teilziele: (a) Abbau des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, (b) Kindern im belasteten Stadtgebiet eine bessere Chance auf Bildung, Erziehung und Förderung sowie ein selbstbestimmtes Leben in der Zukunft eröffnen, (c) ein Frühwarnsystem einschließlich Angebote der frühen Förderung/Hilfe etablieren, (d) eine bessere Verzahnung von Gesundheits-, Kultur-, Schulbereich und Jugendhilfe erreichen sowie (e) Nutzung aller in der Kommune vorhandenen Ressourcen.

Ansatz und Philosophie: Seit 2002 wird „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ systematisch von freier und öffentlicher Jugendhilfe (d. h. AWO Bezirksverband Niederrhein und Stadt Monheim am Rhein) entwickelt und ausgebaut. Das Konzept fördert Kinder, unterstützt Familien, stärkt Eltern, fördert Bildung, gestaltet Übergänge, praktiziert Vernetzung und baut die Qualifizierung der Fachkräfte aus. Grundgedanke ist eine Vernetzung aller vor Ort für Kinder engagierter Akteure, um gemeinsam das „Aufwachsen im Wohlergehen“ eines jeden Monheimer Mädchens oder Jungens zu sichern. Dabei sind zwei Grundelemente – Einzelförderung und Strukturentwicklung, die untrennbar miteinander verknüpft sind, gemeinsam gedacht werden und sich in allen Aktivitäten wieder finden – charakteristisch: Es geht um die Förderung von Resilienz (=Verhaltensebene) und die Gestaltung von Strukturen (=Verhältnisebene).

Strategie: Aufbau einer Präventionskette mit fünf Bausteinen der Begleitung „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“ und die sie tragenden Netzwerke (vgl. Abb. 3). Im Zentrum steht die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Abb. 3: Mo.Ki – Monheim für Kinder: „Förderung und Bildung vom Baby bis zum Azubi“



Quelle: Holz 05/2007.

Bausteine: Bislang sind drei entwickelt, modellhaft erprobt und anschließend regelhaft in die kommunale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche überführt:

1. Als erster Baustein wurde von Oktober 2002 bis September 2004 das Modellprojekt „Mo.Ki – Zur Vermeidung von Armutfolgen bei 3- bis 6-Jährigen und ihren Familien“ (kurz: „Mo.Ki I“) in Trägerschaft des AWO Bezirksverbandes Niederrhein und der Stadt Monheim geschaffen. Das Konzept setzt in den fünf (in unterschiedlicher Trägerschaft befindlichen) Kindertagesstätten des Sozialraums an und erreicht mit rund 500 Mädchen und Jungen fast alle KiTa-Kinder und ihre Eltern in dem benachteiligten Stadtteil (vgl. Holz et al. 2005, Schlevogt 2009).
2. Als zweiter Baustein wurde von Oktober 2005 bis Dezember 2008 das Modellprojekt „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“ (kurz: „Mo.Ki II“) an der Schule am Lerchenweg installiert. Träger war der AWO Bezirksverband Niederrhein in enger Kooperation mit der Stadt und der Schule. Die Zielsetzungen lauteten, eine konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung von Grundschulen modellhaft umzusetzen, um der Zielgruppe von „Mo.Ki“ eine erfolgreiche Schulkarriere zu sichern. Wesentliche Elemente des Modellprojektes sind in das Regelsystem der Schule übergegangen und werden weiter ausgebaut. Der Ansatz wurde mittlerweile von einer weiteren Monheimer Grundschule übernommen, ist aber zudem auch als Prototyp einer „Grundschule von Morgen“ allgemein übertragbar (vgl. Schule am Lerchenweg 2009; Holz 2010b).
3. Als dritter Baustein wird von Oktober 2008 bis September 2011 das Projekt „Mo.Ki 0 – Frühes Fördern von Anfang an“ (kurz „Mo.Ki 0“) umgesetzt. Erneut in Trägerschaft von AWO Bezirksverband Niederrhein und Stadt Monheim richtet es sich an die Zielgruppe der 0- bis 3-Jährigen und ihre Eltern. So kann die prägendste Entwicklungsphase von Mädchen und Jungen mit einbezogen werden. Aus struktureller Perspektive betrachtet

wird damit der Startpunkt einer kommunalen Präventionskette geformt (vgl. Holz/Stallmann 2009; 2010; 2011).

4. Der vierte und fünfte Baustein sind Zukunftsplanungen der Stadt: Mit „Mo.Ki III – Fördern in den Sekundarstufen“ soll ab Ende 2011 die Präventionsstrategie auf die Gesamtschule ausgeweitet werden. Hier sind neue Ansätze der Schulsozialarbeit einschließlich der Arbeit mit Eltern sowie der Unterrichtsförderung zu erproben. „Mo.Ki IV – Begleitung in Ausbildung und beim Berufseinstieg“ schließt sich an. Dabei soll es vor allem um die Überprüfung vorhandener Maßnahmen und deren Abstimmung aufeinander gehen.

Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.monheim.de/moki

Das Beispiel Nürnberg als integrierter Gesamtansatz für Großstädte

Bezogen auf das Vorgehen als integrierten Gesamtansatz ist die Stadt Nürnberg als Vorreiter für Großstädte einzuordnen (vgl. u. a. Hopfengärtner 2008). Nachfolgend eine komprimierte Beschreibung des dortigen Prozesses.

In Nürnberg erfolgte der Einstieg einer intensiven Diskussion um Kinderarmut in der Stadt über eine öffentliche Strategiekonferenz, d.h. eine kommunale Armutskonferenz. Zu dieser holte das zuständige Dezernat Jugend, Soziales und Familie von Beginn an Politik, Verwaltung und Verbände mit ins Boot. Aufgabe der Stabsstelle „Armutsprävention“ war es dann, ein Arbeitsprogramm (vgl. Stadt Nürnberg 2008a) zu entwickeln, das im Wesentlichen auf zwei Säulen ruht. (1) Oberste Priorität haben der Ausbau der Infrastruktur und die Förderung von Erwerbstätigkeit, beides mit Blick auf die Eltern. Sie sollen in ihrem verantwortlichen Bemühen um ihre Kinder strukturell und individuell unterstützt werden. (2) Des Weiteren werden konkrete „Handlungsfelder“, jetzt mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen benannt. Diese sind:

- „Jedes Kind ist herzlich willkommen“,
- „Vernünftige Mahlzeiten für jedes Kind“,
- „Gesundheitsförderung von Anfang an“,
- „Schulische Teilhabe von Anfang an“,
- „Starke Eltern für alle Kinder“,
- „Jedem Kind eine helfende Hand“,
- „Jedem Kind ein Ferienerlebnis“,
- „Sport und Bewegung für jedes Kind“,
- „Kultur für alle Kinder“,
- „Mehr wissen, besser handeln“ (Evaluation, Jugendhilfeplanung).

Sie sind und werden weiter systematisch gefüllt mit einer Vielzahl von Maßnahmen und unterschiedlichen Investitions- und Förderprogrammen, die für jedes Kind Hilfen vorsehen,

wenn es Unterstützung braucht. Schaut man sich heute die Handlungsfelder an, so finden sich verschiedene Begriffe wieder, die mittlerweile durch Landesinitiativen (z. B. Runder Tisch NRW, vgl. MAGS 2009 und 2010) sowie das Bildungs- und Teilhabepaket (vgl. BMAS 2011) aufgenommen worden sind. Das Nürnberger Konzept entstand allerdings schon 2006/07.

Ein zentrales Steuerungsinstrument ist der „Nürnberg-Pass“, der SGB II-BezieherInnen die vergünstigte Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglichen soll (vgl. Stadt Nürnberg (2008b)). Viele Großstädte haben einen solchen „Sozialpass“. Ein wesentlicher Unterschied ist aber, dass Nürnberg im Rahmen seines Präventionskonzeptes seinen Pass breit kundgetan und öffentlich beworben hat. Es sollten so viele Berechtigte wie möglich ihren Anspruch realisieren, auch wenn das für die Kommune teurer würde. Nürnberg wollte seinen Pass nicht mehr „verstecken“, denn mit dem Pass konnte man sehr viel leichter und rascher Kinder und Jugendliche in die allgemeinen Angebote integrieren. Die Konsequenz: innerhalb eines Jahres nahm die Nachfrage um fast 20 % zu. Die Steuerungsfunktion des Passes wurde qualifiziert systematisiert.

Eine Zwischenbemerkung an dieser Stelle: Im Bildungs- und Teilhabepaket ist das Hinwirkungsgebot der Kommunen festgeschrieben, d. h., sie haben ebenso wie die Jobcenter auf die Familien zuzugehen und aktiv zu informieren. Zumindest in diesem Bereich ist ein Grundprinzip umgekehrt worden, von der Komm- zur Bringstruktur. Faktisch muss sich die öffentliche Hand bewegen und nicht mehr ausschließlich die betroffenen Familien. Wie es sich in der Praxis niederschlagen wird, ist weiter zu beobachten. Erkennbar ist schon heute, Kommunen mit einem Präventionsverständnis oder gar mit Präventionsstrategien nutzen ihre schon vor dem Inkrafttreten des Bildungs- und Teilhabepaketes entwickelten Systeme anders, nämlich strategisch und nicht operativ, um eine Gesetzesvorschrift irgendwie umzusetzen.

Zurück zu Nürnberg: Einige Beispiele aus dem Nürnberger Ferienprogramm zeigen die Wirkung des „Nürnberg-Pass“ als Grundangebot. Rund 1.200 Plätze stehen in den Ferien für unterschiedliche Aktivitäten zur Verfügung. 2008 haben 300 Kinder an Angeboten teilgenommen, ein Jahr später waren es schon 400. Die Mitgliedschaften im Sportverein sind für „Nürnberg-Pass“-Kinder im ersten Jahr kostenlos und anschließend preisreduziert. Auch das „Schwimmen lernen für Vorschulkinder“ richtet sich nicht ausschließlich an „Nürnberg-Pass“-Kinder, die einzeln in Schwimmkurse eingebunden werden. Vielmehr wurde der Weg über Kooperationen zwischen KiTas und Sportvereinen gewählt, sodass eine ganze KiTa-Gruppe gemeinsam schwimmen lernt. Erstmals versucht wurde dies im Herbst 2009 an drei Terminen mit drei KiTa-Gruppen und insgesamt 35 Kindern. Darunter waren 26 „Pass“-Kinder (74,3 %). Der Erfolg des „Nürnberg-Passes“ lässt sich messen. Armutsprävention ist hier im strukturellen Bereich sehr gut umgesetzt.¹⁰

Das Beispiel Wiesbaden für einen integrierten Teilansatz – Bildungsförderung

Den „Integrierten Teilansatz“ werde ich anhand der Stadt Wiesbaden verdeutlichen.

10 Vgl. Stadt Nürnberg – Dezernat für Jugend, Soziales und Familie 2010: S. 37ff.

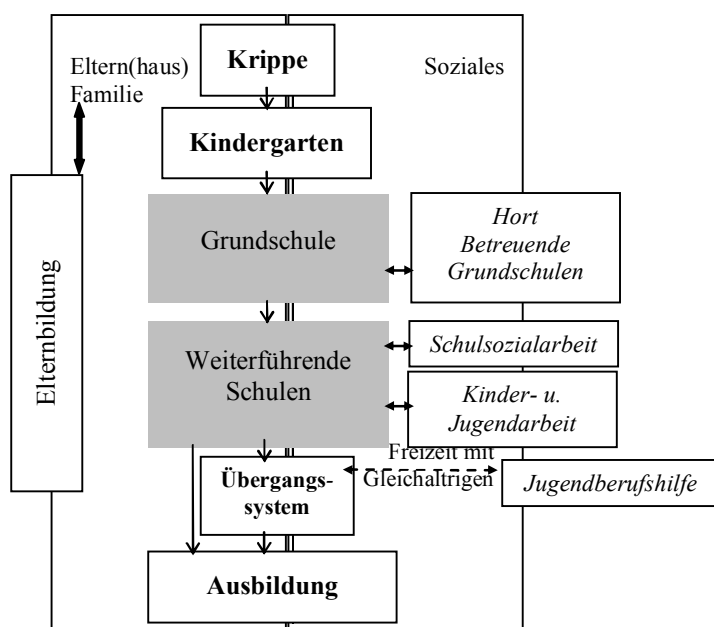
Ansatzpunkt: Das Leitbild der Stadt lautet „Bildung für alle“ und rückt ausdrücklich Kinder aus sozial benachteiligten Familien in den Vordergrund (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden 2005). Gerade sie benötigen Unterstützung durch öffentliche Angebote, um den Weg in eine eigene finanziell abgesicherte Lebensführung und eine tragfähige persönliche Autonomie zu erreichen. Entsprechend müssen sich – so der Wiesbadener Ansatz – öffentliche Ressourcen auf die Reduzierung ungleicher Bildungschancen konzentrieren.

Federführung: Amt für Soziale Arbeit mit der Abteilung Grundsatz und Planung.

Leitziel: „Bildung für alle“ übersetzt in kommunales Handeln bedeutet das für die Stadt Wiesbaden die „Sicherung der Bildungsteilhabe für alle“. Dazu bietet sich primär die Kinder- und Jugendhilfe an, denn sie ist in allen Altersphasen und an allen Orten präsent (vgl. Abb. 4).

Es wurden ganz bestimmte Zielgruppen definiert: Dies sind Familien, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegen, Familien, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist und Familien, in denen kein Elternteil einen schulischen (Sekundarstufe I) oder beruflichen Bildungsabschluss hat. Es werden also nicht Einzelne, sondern Gruppen und deren Lebenslage betrachtet. Die Jugendhilfe ist überall vertreten: in der Krippe, im Kindergarten, in der Grundschule, in der weiterführenden Schule. Im Bereich Bildung wird also wieder die biografisch ausgerichtete Präventionskette verwirklicht: im Kindergarten steht die Frage der Elternbildung mithilfe der Jugendhilfe im Vordergrund; in der Grundschule sind die Kinder über den Hort und die Betreuung eingebunden; in den weiterführenden Schulen über die Schulsozialarbeit, Jugendarbeit insgesamt und die Jugendberufshilfe.

Abb. 4: Bildungslandschaft der Stadt Wiesbaden



Quelle: Hock/Brülle 2010: 160

Die kommunalen Anstrengungen beziehen sich ganz ausdrücklich auf die Unterstützung von sozial benachteiligten Eltern hinsichtlich deren Kompetenzförderung. Hier gilt es, Programme und Maßnahmen zu entwickeln, die dazu führen, dass die Rechtsansprüche der Eltern gesichert sind: Sozialgeld, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Elterngeld usw. Es geht um ihre soziale und berufliche Integration usw. Gleichzeitig aber werden Bildungsangebote für sie entwickelt – sei es in KiTas, Familienzentren, Schulen –, um eine mögliche herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligung bei ihren Kindern zu kompensieren (vgl. Hock/Brülle 2010).

Zuletzt sind zwei Sozialberichte zur Armut bei Kindern und Jugendlichen in Wiesbaden erarbeitet worden. Im ersten Teil sind die konkrete Lebenslage der Familien empirisch erfasst und mögliche Handlungsstrategien für die Kommune in einem föderativen System – d.h. was ist Aufgabe des Bundes, des Landes und der Kommune sowie der Festlegung was kommunale Verpflichtung ist – beschrieben. Der zweite Teil des Sozialberichtes konzentriert sich auf das schon Vorhandene und benennt sehr konkret die nächsten Schritte und die damit verbundene Verantwortungsverteilung zwischen den städtischen Ressorts (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden 2010 und 2011). Armutsprävention ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die viele Ressorts einer Kommune betreffen.

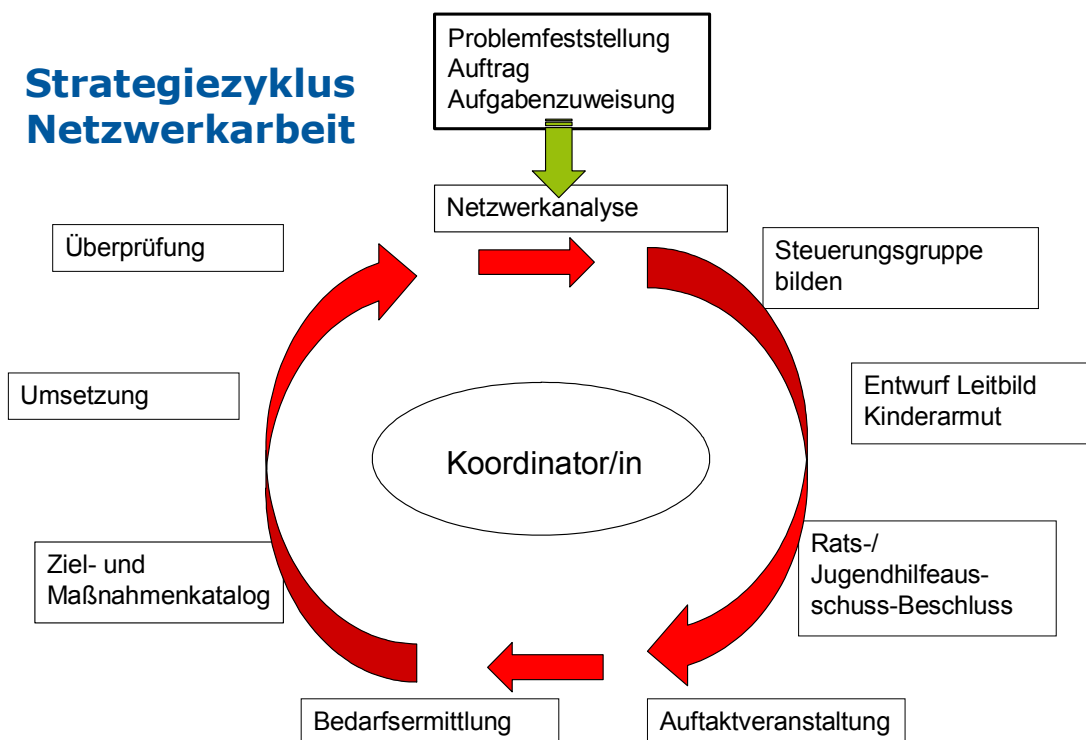
Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.wiesbaden.de.

Das Beispiel „Koordinationsstelle Kinderarmut“ zum Aufbau eines interkommunalen Netzwerkes

Zum Schluss noch eine komprimierte Darstellung zu einer relativ neuen Entwicklung auf überkommunaler Ebene, d. h. die Etablierung eines interkommunalen Netzwerkes durch ein Landesjugendamt, das des Landschaftsverbandes Rheinland.

Ausgangspunkt vor rund zehn Jahren waren erste Diskussionen der Problematik im Jugendhilfeausschuss des LVR, in dem freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe zusammenkommen. Anlässe waren unter anderem die damals aktuellen Forschungsergebnisse sowie die Bewilligung von Fördermitteln für das Modellprojekt „Mo.Ki – Monheim für Kinder“. In den folgenden Jahren wurde eine „Jugendpolitische Agenda“ zur Bekämpfung von Kinderarmut (LVR 2009a) erarbeitet und als Handlungsgrundlage für die LVR-Arbeit – auch im täglichen Beratungskontakt mit den LVR-angehörigen Kommunen des Rheinlands – verabschiedet. Des Weiteren wurden eine Stabsstelle und ein Pilotprojekt zur Entwicklung von Netzwerkarbeit eingerichtet. Eine der teilnehmenden Modellkommunen war Dormagen (vgl. LVR 2009b). So konnte idealerweise vorhandenes kommunales Knowhow genutzt und den anderen teilnehmenden Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Darauf aufbauend entstand eine Koordinationsstelle, die seit über sechs Jahren das Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ betreut. Zurzeit sind daran knapp 50 Städte und Gemeinden (fast die Hälfte aller Kommunen im LVR-Zuständigkeitsbereich) beteiligt.

Abb. 5: Strategiezyklus der LVR-Netzwerkarbeit



Christoph Gilles 2010

Quelle: Gilles 2010.

Auch hier wird der *Prozess des systematischen Aufbaus* verbunden mit einer klaren Präventionsstrategie erkennbar. Es stand – wie in Monheim und Nürnberg – die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik am Anfang, es wurden politische Entscheidungen getroffen und dann ein Prozess zur Strategieentwicklung und Steuerung realisiert (vgl. Abb. 5).

Das Netzwerk ist Ausdruck einer Struktur (überregional und in den beteiligten Kommunen vor Ort), in der gemeinsam an der ausgewählten Fragestellung zum Thema „Kinderarmut“ gearbeitet wird. Darin eingebunden sind wiederum neben der Verwaltung, die Verbände, Vereine, Initiativen und Institutionen, was wiederum Querverbindungen schafft. Im Netzwerk auf LVR-Ebene, aber auch genauso auf der kommunalen Ebene, ist eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die koordiniert und so die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von beispielsweise Gesundheitsamt, Jugendamt, Kinderbüro, Caritas, AWO, Kinderschutzbund, Kirchengemeinden, Schulen, KiTas etc. befördert.

Das Netzwerk arbeitet ebenfalls mit einem Leitbild, denn ohne das, geht es nicht.

Auch die Politik partizipiert (Beschluss durch Rat/Jugendhilfeausschuss), denn Änderungen im strukturellen Bereich der Kommune können nur als politische Entscheidung umgesetzt werden. Eine Auftaktveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger ist dann durchaus sinnvoll. Anschließend werden Bedarfe ermittelt, Ziele und Maßnahmen formuliert, umgesetzt und zum Schluss auch überprüft. Das Netzwerk hat also einen Umsetzungsprozess als Auftrag.

Weitere Informationen finden Sie unter http://www.lvr.de/de/nav_main/jugend_2/jugendmter/koordinationsstellekinderarmut/koordinationsstellekinderarmut_1.html.

Abschließen möchte ich mit folgender zusammenfassenden Einschätzung:

Armut bei Kindern – Die Aufforderung zur Neuausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe

Angesichts der skizzierten Herausforderungen, aber auch der Handlungsmöglichkeiten werden die Anforderungen und damit die Antworten der Kinder- und Jugendhilfe auf Armutsfolgen bei Kindern sehr deutlich. Gebündelt sind das:

- Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Handlungsansatzes nach dem Leitmotiv „Prävention als Aktion statt Reaktion auf Defizite“.
- Lieferung fundierter empirischer Daten durch die Jugendhilfeplanung und Gewährleistung eines wirkungsorientierten Monitorings.
- Weiterentwicklung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche im Sinne der (Armut-)Präventionskette, d. h. vom Angebot der frühen Förderung und frühen Hilfe für alle Kinder über das Angebot von Krippen-/KiTa-Plätzen für jedes Kind bis hin zum Ausbau von Schulen mit integrierten Konzepten der Schul- und Sozialpädagogik usw.
- Aufbau und Umsetzung von (Armut-)Präventionsnetzwerken, in denen alle relevanten Akteure vor Ort kooperieren und gemeinsam die Infrastruktur für junge Menschen (weiter-)entwickeln. Diese Akteure sind die Garanten der „öffentlichen Verantwortung“ für Kinder.
- Resilienzförderung als pädagogisches Grundprinzip in allen Angeboten für junge Menschen in der Kommune.
- Systematische Gestaltung von Übergängen sowohl im Bildungssystem (z. B. KiTa & Grundschule, Grundschule & Sekundarstufe I) als auch zwischen den Handlungsfeldern (z. B. Schule & Sport, Gesundheit & Freizeit) im Einzelfall und auf der Systemebene sowie mit Fokus auf arme Kinder.
- Stärkere Wahrnehmung der Verantwortung für die Gestaltung positiver kindlicher Entwicklungs-/Lebensbedingungen im Elternhaus, d.h. quantitative und qualitative Weiterentwicklung des Bereiches „Arbeit mit (armen) Eltern“.

Die vorgestellten Praxisbeispiele (Monheim, Nürnberg, Wiesbaden) zeigen den Weg. Jetzt müssen weitere Kommunen mitziehen.

Frankfurt am Main, im Juli 2011

Literatur

- Bertelsmann-Stiftung (2010): Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Bielefeld. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbc/SID-853A4219-23A4D15C/bst/xcms_bst_dms_33125_33126_2.pdf.
- BMFSFJ (2005) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwelfter-kjb.property=pdf.pdf>.
- BMFSFJ (2010) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familienreport 2010. Leistungen. Wirkungen. Trends. Berlin. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2010.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- BMAS (2008) = Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin. Online verfügbar (Stand: 20.07.2011): http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf.
- BMAS (2011) = Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Das Bildungspaket. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.bildungspaket.bmas.de/>.
- BZgA (2003) = Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA (Hrsg.): Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte. Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung Bd. 22. Köln.
- BZgA (2009) = Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung/Gesundheit Berlin-Brandenburg: Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/>.
- Dahlgren, Göran; Whitehead, Margret (1991): Policies and strategies to promote social equity in health. Stockholm.
- DJI (2011) = Deutsches Jugendinstitut : KiTa vor Ort- Betreuungsatlas 2010. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1007&Jump1=LINKS&Jump2=6>.
- DW (2011) = Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (Hrsg.): Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen Im Braunschweiger Land gestalten. Braunschweig. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.diakonie-braunschweig.de/opencms/export/sites/Diakonisches_Werk/system/Organisation/DW-Geschaefsstelle/Dateien/2011-04-19_Wirksame_Wege_-_Broschxre.pdf.
- Gemeinschaftsinitiative AWO Niederrhein, ISS-Frankfurt am Main, Stadt Monheim am Rhein – Jugendamt (2010): Für die Zukunft unverzichtbar ‚sozialpädagogische Elternbildung‘ Impulspapier. Essen.
- Gilles, Christoph (2010): Vorstellung des Förderprogramms „Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ im November 2010. Köln. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/dokumentationen/dokumente_95/jugend_mter/20101110/gilles_programm_kinderarmut.pdf.
- Hock, Beate; Holz, Gerda; Simmedinger, Renate; Wüstendörfer, Werner (2000): „Gute Kindheit – Schlechte Kindheit?“ Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Frankfurt am Main.
- Hock, Beate; Brülle, Heiner (2010): Bildung für alle – Strategien zur Sicherung der Bildungsteilhabe von sozial benachteiligten Kindern. In: Holz, Gerda; Richter-Kornweitz, Antje (Hrsg.): Kinderarmut und ihre Folgen. Wie kann Prävention gelingen. München, S. 159–169.

- Holz, Gerda (2010a): Die 6 großen B's in der Arbeit mit Familien. Vortragspräsentation. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <http://www.awo-familienbildung.org/Baunatal-27-10-10.pdf>.
- Holz, Gerda (2010b): Erfolgreich auf dem Weg – Die Grundschule von morgen: Der Präventionsansatz von „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“. München.
- Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich (2006): Zukunftschancen von Kindern!? Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Richter-Kornweitz, Antje (Hrsg.) (2010): Kinderarmut und Ihre Folgen. Wie kann Prävention gelingen? München.
- Holz, Gerda; Schlevogt, Vanessa; Kunz, Thomas; Klein, Evelin (2005): Armutsprävention vor Ort – Mo.Ki – Monheim für Kinder. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Stallmann, Ludger (2009): Mo.Ki 0 – Frühes fördern von Anfang an. 1. Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes. Frankfurt am Main. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.monheim.de/fileadmin/user_upload/Media/Dokumente/Kinder_Familie/Moki/moki_iss_sachstandsbericht_2009.pdf.
- Holz, Gerda; Stallmann, Ludger (2010): Mo.Ki 0 – Frühes fördern von Anfang an. 2. Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes. Frankfurt am Main. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.monheim.de/fileadmin/user_upload/Media/Dokumente/Kinder_Familie/Moki/sachstandbericht_druck.pdf.
- Holz, Gerda; Stallmann, Ludger (2011): Mo.Ki 0 – Frühes fördern von Anfang an. 3. Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes. Frankfurt am Main. Online verfügbar (Stand: 03.09.2011): [www.iss-ffm.de/index.php?elD=tx_nawsecuredl &u=0&file=fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/ISS_aktuell/3ter_Sachstandsbericht_2011.pdf&t=1315223666&hash=d1c373cdd334cfb9f98c17a8b468355e](http://www.iss-ffm.de/index.php?elD=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/ISS_aktuell/3ter_Sachstandsbericht_2011.pdf&t=1315223666&hash=d1c373cdd334cfb9f98c17a8b468355e).
- Hopfengärtner, Georg (2008): Armut in der Großstadt. Analysen, Argumente und Ansätze der Armutsprävention in Nürnberg. Nürnberg.
- Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.) (2008): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden.
- Lampert, Thomas; Richter, Matthias (2009): Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen. In: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. 2., aktual. Aufl. Wiesbaden, S. 209–230.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2005): Zielgruppenorientierte Elternbildung. Wiesbaden. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.infopool-jhp-hessen.de/jugendhilfeplanung/foerderung_erziehung_familie/konzept_zielgruppenorientiert_elternbildung051115wi.pdf.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2008): Kompetenz-Entwicklungs-Programm im Übergang Schule – Beruf. Ein Programm zur Verbesserung der Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Wiesbaden. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/jugend/Kompetenz-Entwicklung-Programm_xs_1_.pdf.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2010): Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Wiesbaden. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/Sozialbericht_zur_Kinderarmut_Auflage_1xs.pdf.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2010): Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Teil II: Schlussfolgerungen – Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligungen. Wiesbaden. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/Sozialbericht_zur_Armut_von_Kindern_-_Teil_II.pdf.

- LVR (2009a) = Landschaftsverband Rheinland – Landesjugendamt: Jugendpolitische Agenda des Landschaftsverbandes Rheinland. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente_94/jugend_mter_1/kordinationsstelle_kinderarmut/jugendpolitischeagenda_lvr_14072010.pdf.
- LVR (2009b) = Landschaftsverband Rheinland - Landesjugendamt : NeFF – Netzwerk Frühe Förderung – Arbeitshilfen zur Entwicklung und Steuerung von Netzwerken Früher Förderung. Köln. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
http://www.jakobspilger.lvr.de/app/resources/neff_abschlussbericht.pdf.
- Lutz, Ronald; Hammer, Veronica (Hrsg.) (2010): Wege aus der Kinderarmut. Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Handlungsansätze. Weinheim.
- MAGS (2009) = Ministerim für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Hilfe für Kinder in Not. Mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen. Zwischenbericht der Landesregierung zur Arbeit des „Runden Tisches“. Düsseldorf. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
http://www.mais.nrw.de/08_PDF/003/Kinderarmut_-_Bericht_Runder_Tisch.pdf.
- MAGS (2010) = Ministerim für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Hilfe für Kinder in Not. Mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen. 2. Zwischenbericht der Landesregierung zur Arbeit des „Runden Tisches“. Düsseldorf. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.mais.nrw.de/08_PDF/003/Runder_Tisch_Internetfassung_2bericht_2_.pdf.
- Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit – Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern/Göttingen.
- Mielck, Andreas (2005): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion. Bern.
- Pott, Elisabeth; Lehmann, Frank (2003): Interventionen zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen. In: BZgA (Hrsg.): Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte. Köln, S. 50–64.
- Richter, Antje (2005): Risiko und Resilienz. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
<http://www.gesundheit-nds.de/downloads/vortrag.richter.risiko.und.resilienz.pdf>.
- Rosenbrock, Rolf; Kümpers, Susanne (2009): Primärprävention als Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen. In: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. Wiesbaden, S. 385–421.
- Sandvoss, Uwe; Kramer, Kathrin (2010): Kommunale Armutsprävention: das Dormagener Modell. In: Lutz, Ronald; Hammer, Veronica (Hrsg.) : Wege aus der Kinderarmut. Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Handlungsansätze. Wiesbaden, S. 185–204.
- Schlevogt, Vanessa (2009). Ein Familienzentrum mit vielen Orten. In: Heuchel, Inge; Lindner, Eva; Springer, Karin (Hrsg.): Familienzentren in Nordrhein-Westfalen. Beispiele innovativer Praxis. Münster, S. 167–174.
- Schule am Lerchenweg (2009): Schulprogramm. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
<http://gsl.monheim.de/schulprogramm.php>.
- Stadt Dormagen (2008): NeFF Dormagen. Online verfügbar (Stand: 20.07.2011):
http://www.dormagen.de/fileadmin/civserv/pdf-dateien/fachbereich_5/erzieherische_hilfen/fr%C3%BChe_hilfe_brosch%C3%BCre_komplett_klein.pdf.
- Stadt Monheim am Rhein (2009): Mo.Ki – Monheim für Kinder. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011):
<http://www.monheim.de/moki/index.html>.
- Stadt Nürnberg (2008a): Armen Kindern Zukunft geben! Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg. Beilage 40 zur Sitzung des JHA vom 11.12.2008. Nürnberg. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): http://www.jugendring.de/kinderarmut_nuernberg.pdf.

- Stadt Nürnberg (2008b): Der Nürnberg-Pass als kommunales Steuerungsinstrument zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Online verfügbar (Stand: 22.07.2011): <https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=19D6E36B381DE5D2C9381B6F9051FC4F?id=42117>.
- Stadt Nürnberg – Dezernat für Soziales, Jugend und Familie (2010): Jahresbericht 2009. Online verfügbar (Stand: 22.07.11): http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/bericht_2009_internet.pdf.
- Walper, Sabine. (2005): Tragen Veränderungen in den finanziellen Belastungen von Familien zu Veränderungen in der Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen bei? In: Zeitschrift für Pädagogik 2/2005, S. 170–191.
- Wüstendörfer, Werner (2008): „Dass man immer nein sagen muss“. Eine Befragung der Eltern von Grundschulkindern mit Nürnberg-Pass, Nürnberg. Online verfügbar (Stand: 05.10.2010): http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/Befragung_Nuernberg_Pass.pdf.
- Zander, Margherita (2010): Armes Kind – starkes Kind. Die Chance der Resilienz. 3. Aufl. Wiesbaden.
- Zander Margherita (2011): Handbuch Resilienzförderung. Wiesbaden.

Kontaktdaten:

Gerda Holz
ISS Frankfurt am Main
Zeilweg 42
60439 Frankfurt a. M.
Mail: gerda.holz@iss-ffm.de
Tel.: (069) 9 57 89 – 0
www.iss-ffm.de

Dieter Eckert
AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Mail: dieter.eckert@awo.org
Tel.: (030) 26 309 – 0
www.awo.org